

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 190 (2024)
Heft: 4

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

UKRAINE

Westliche Truppen im Land

In den vergangenen Wochen wurde vermehrt die Präsenz westlicher Militärkräfte in der Ukraine international thematisiert. Dieses Thema gewinnt angesichts des anhaltenden Krieges und der geopolitischen Spannungen zwischen Russland und dem Westen an Brisanz. Die Diskussionen über eine mögliche Verstärkung dieser Präsenz wurden durch Äusserungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron Ende Februar angeheizt, als er die Entsendung von Truppen als eine Option bezeichnete. Diese Aussagen lösten eine breite Debatte über die Rolle und den Umfang der militärischen Unterstützung der Ukraine durch ihre westlichen Verbündeten aus. Seit der Invasion in die Ukraine vor zwei Jahren haben zahlreiche westliche

Staaten ihre Unterstützung für Kiew durch Waffenlieferungen, Ausbildung und Beratung verstärkt. Einige Länder haben auch Spezialkräfte und militärische Berater entsandt, deren genaue Aufgaben oft im Dunkeln liegen. Diese Präsenz umfasst nicht nur die Bereitstellung und Schulung im Umgang mit militärischer Ausrüstung, sondern auch die Erprobung neuer Technologien wie Drohnen. Die britische Regierung hat sich seit Macrons Äusserungen als eine der transparentesten hinsichtlich ihrer militärischen Präsenz in der Ukraine erwiesen. Ein Sprecher des britischen Premierministers Rishi Sunak betonte, dass es abgesehen von einer kleinen Anzahl von Personal, das die ukrainischen Streitkräfte unterstützt, keine Pläne für eine gross angelegte Entsendung gibt. Bereits Ende 2022 hatte der ehemalige Kommandeur der Royal Marines, Lieutenant General Sir Robert Magowan, in einem Interview die Anwesenheit von 350 britischen Soldaten bestätigt.



Westliche Söldner im Dienste Kiews. Bild: International Legion for the Defense of Ukraine

Die französische Regierung erwägt nun die Entsendung eines kleineren Detachements direkt in die Ukraine, um als Ausbilder für die Streitkräfte Kiews zu fungieren und möglicherweise als Abschreckung gegenüber Moskau zu dienen. Verteidigungsminister Lecornu präzisiert jedoch, dass keine Kampftruppen geschickt werden. Diese Überlegungen zielen insgesamt darauf ab, ein «strategisches Dilemma» für Moskau zu schaffen, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Ankunft von US-amerikanischen F-16-Kampffjets. Die Anwesenheit

ausländischer Truppen in der Ukraine beschränkt sich aber nicht nur auf offizielle Militärberater und Spezialkräfte. Seit Beginn der russischen Invasion haben sich Tausende von Freiwilligen aus dem Westen und den postsowjetischen Staaten unter dem Banner Kiews versammelt. Diese internationale Legion wurde an vorderster Front und in einigen der härtesten Schlachten des Krieges eingesetzt. Ihre Präsenz unterstreicht die komplexe Natur des Konflikts, der von Russland als Stellvertreterkrieg gegen den Westen dargestellt wird. *pk*

NAHER OSTEN

Spannungen nehmen weiter zu

Im Nahen Osten hat sich die Lage bis März weiter zugespitzt. In Syrien hat das Assad-Regime seine Angriffe mit Kamikazedrohnen in von Rebellen gehaltenen Gebieten im Norden um Aleppo intensiviert. Diese Drohnenangriffe, die sowohl militärische als auch zivile Ziele treffen, haben zu einer Zunahme der Opferzahlen geführt. Die Bevölkerung ist erneut zur Flucht aus der betroffenen Region genötigt. Im Südlibanon und an der nördlichen israelischen Grenze haben die Spannungen ebenfalls zugenommen, nachdem eine Reihe von Raketenangriffen aus dem Libanon israelische Städte

und vor allem mehrere grössere militärische Einrichtungen und Hauptquartiere getroffen hat. Die Angriffe, die von der Hisbollah nicht direkt beansprucht wurden, haben zu israelischen Vergeltungsschlägen geführt, bei denen sowohl Kämpfer der Partei als auch Zivilisten getötet wurden. Die Hisbollah hat dabei signalisiert, dass sie das Feuer einstellen wird, wenn Israel seine Angriffe auf Gaza stoppt. Der Israel-Hisbollah-Konflikt hat sich damit seit Oktober 2023 dermassen verschärft, dass unterdessen täglich Raketen in Galiläa einschlagen. Der Konflikt hat sich auf die gesamte israelisch-libanesischen Grenze und das angrenzende Gebiet zu Syrien und die Golanhöhen ausgeweitet. Dies stellt die grösste Eskalation des Konflikts seit dem Libanonkrieg 2006 dar. In Nordisrael wurden etwa 96 000

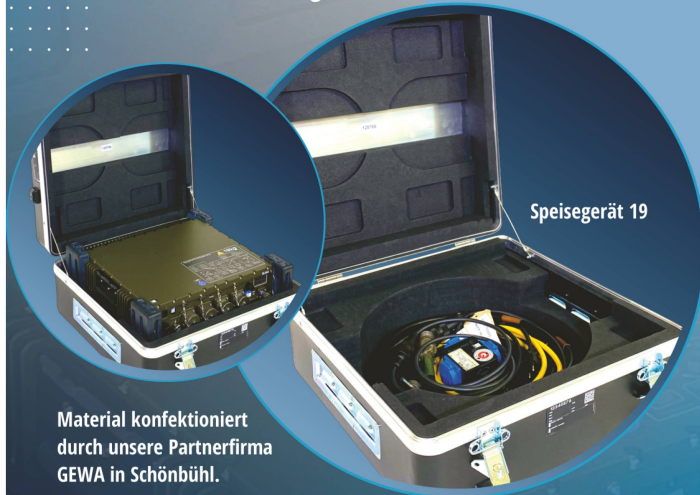
Menschen zur Flucht gezwungen, während im Libanon mehr als 100 000 Menschen vertrieben wurden. Im Irak haben US-Luftangriffe als Vergeltung für Angriffe von vom Iran unterstützten Gruppen stattgefunden. Im Jemen setzt sich unterdessen der Konflikt fort, mit anhaltenden humanitären Krisen und Gewalt, die das Leben der Zivilbevölkerung bedrohen. Von den Huthis versenkte Schiffe sind zudem für immense Schäden an der Natur verantwortlich. Unterdessen wurden ebenfalls Unterseekabel sabotiert und gekappt. Währenddessen hat in Gaza die israelische Militäroffensive zu einer hohen Zahl von palästinensischen Opfern geführt, verlässliche Zahlen sind nicht erhältlich. Die von den Hamas propagierten 100 000 Toten können nicht unabhängig verifiziert werden. Das Palästinenser-Hilfswerk der

Vereinten Nationen sieht sich in der Bredouille, zahlreiche Angestellte dieser UNO-Behörde wurden als Hamas-Kämpfer überführt. Unter dem UNRWA-Hauptquartier in Gaza wurde eine komplexe Führungsanlage der Hamas entdeckt. Zudem steht der Verdacht im Raum, dass humanitäre Lieferungen von der Hamas gezielt mit Hilfe der UNRWA abgezweigt werden, um eine künstliche Versorgungsknappheit herbeizuführen. Die USA beabsichtigt, einen schwimmenden Hafen zu errichten, um Hilfsgüter per Schiff in den Gazastreifen zu bringen. Die Lage in den betroffenen Ländern kommt also nicht zur Ruhe. Die in Gaza andauernde IDF-Operation «Iron Swords» sieht keine wesentliche Verlangsamung vor, hingegen steht eine Verschiebung des Fokus auf die Grenze zum Libanon bevor. *pk*



**DIGIPACK
KAPPELER**

Die richtige Verpackungslösung ist
das eine, die passende
Dienstleistung das andere.



Material konfektioniert
durch unsere Partnerfirma
GEWA in Schönbühl.

Wir sorgen dafür, dass beides Ihren Bedürfnissen und
Anforderungen entspricht. Aus diesem Grund ist unser
Service genau so vielfältig wie unsere Verpackung.

Kappeler Verpackungs-Systeme AG
CH-3322 Urtenen-Schönbühl
Tel: +41 32 387 07 97

WWW.ARMYCASE.CH
armycase@kappeler.ch

skyguide

beyond horizons

Werde dipl. Flugverkehrsleiter:in HF Bewirb Dich jetzt für die Ausbildung

Bewerbungen können laufend eingereicht werden.

BE A
#GUARDIAN
OFTHE SKY

Besuche unsere
Berufsinfoveranstaltungen:
skyguide.ch/events

Weitere Informationen:
skyguide.ch/future



ALLES, WAS SIE BRAUCHEN. DIE CLASSIC LINE VON STILL.

STILL Classic Line:

ergonomisch, einfach, sicher – 100% STILL.

Sie haben moderate Stapel- und Transportaufgaben und
suchen einen Helfer, der die Arbeit einfach erledigt?
Willkommen bei der Classic Line von STILL: Gabelstapler
und Lagertechnik, wie Sie es sich wünschen - robust,
zuverlässig, einsatzbereit und attraktiv im Preis.

Und Sie können sie sogar online bestellen. Wenn das
nicht clever ist!

<https://ch.still.shop/>



first in intralogistics

STILL

DEUTSCHLAND

Tauziehen um Taurus-Marschflugkörper

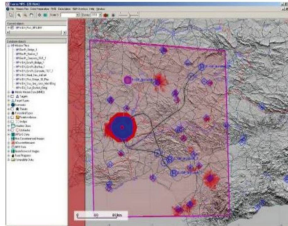
Anfang März hat sich die Debatte um die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine zu einem Brennpunkt der internationalen Politik entwickelt. Wie kam es dazu? Am 22. Februar 2024, kurz vor dem zweiten Jahrestag der russischen Invasion, führte der Deutsche Bundestag eine Debatte über die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine. Die Opposition in Berlin forderte die Lieferung dieser Waffen, während die Regierungskoalition für die Bereitstellung «zusätzlicher notwendiger Langstreckenwaffensysteme und Munition» stimmte, ohne jedoch explizit die Taurus-Marschflugkörper zu erwähnen.

Die Abstimmung zeigt die innenpolitischen Divergenzen in Deutschland auf, wobei 382 Abgeordnete für den Antrag der Regierungskoalition stimmten, 284 dagegen und 2 sich enthielten. Kurz darauf, am 1. März, wurde bekannt, dass die britische Regierung Deutschland diskret dazu gedrängt habe, Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern.

In London zeigte man sich äusserst irritiert über entsprechende Äusserungen des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz. Auch, was dieser bezüglich der britischen Aktivitäten in der Ukraine öffentlich verlautbarte. London bot deshalb Lösungen für Berlins Widerstand gegen die Taurus-Lieferung an, einschliesslich eines Ringtauschs, bei dem Grossbritannien der Ukraine mehr seiner eigenen Storm-Shadow-Marschflugkörper liefern und Deutschland im Gegenzug Grossbritannien mit Ersatz-Langstreckenraketen versorgen würde.

Am 2. März sickerte dann eine Audioaufnahme durch, die zeigte, dass deutsche Offiziere die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine diskutierten. Dieses brisante Gespräch hochrangiger Militärs wurde durch den russischen Regierungssender RT an die Öffentlichkeit gebracht. Der Mitschnitt der Telefonkonferenz, die vermutlich am 19. Februar stattfand, wurde zunächst auf dem Telegram-Kanal der RT-Chefredaktorin und später auf der deutschen Webseite des Senders veröffentlicht. Beteiligt waren der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, sein Abteilungsleiter für Einsätze und Übungen, Brigadegeneral Frank Gräfe, sowie zwei weitere Stabs-offiziere. Die Diskussion drehte sich um eine mögliche, jedoch von Bundeskanzler Olaf Scholz zu diesem Zeitpunkt noch nicht öffentlich ausgeschlossene Lieferung der Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine. Ein zentrales Thema war die Fähigkeit der Taurus-Marschflugkörper, strategisch wichtige Infrastrukturen wie die Kertsch-Brücke zu zerstören, die das russische Festland mit der Krim verbindet. Die Offiziere erörterten technische Aspekte und mögliche Einsatzszenarien der Waffe, darunter die Notwendigkeit, die deutschen Hoheitsabzeichen zu entfernen und die Kompatibilität mit ukrainischen Trägerflugzeugen sicherzustellen. Die Veröffentlichung des Gesprächs legte tiefe deutsche Bedenken und Ängste offen, insbesondere die Sorge vor einer direkten Verbindung der Bundeswehr zum Konflikt in der Ukraine. Generalleutnant Gerhartz betonte die Möglichkeit, eine Verbindung lediglich zum Produzenten MDBA an dessen Hauptsitz Schrobenehausen herzustellen, um die politische Brisanz zu mindern. Zudem wurde die begrenzte Verfügbarkeit der Taurus-Marschflugkörper

The TAURUS KEPD 350 Mission Planning System



- Generation of Target Attack Plan
- Calculation of the Target Effect
- Flight Path Generation
- Survivability Calculation
- Missile Navigation Data Generation
- Multi-Missile Mission Optimization
- Mission Success Calculation
- JMPS Adaptable



- HW based on standard PC
- Windows application
- Oracle Database
- Carmenta SpatialAce Map engine

TEXTRON Defense Systems

All rights reserved to TAURUS Systems GmbH and Textron Systems

TAURUS SYSTEMS GmbH

Das Steuerungssystem des Taurus. Bild: Taurus Systems GmbH/MDBA

thematisiert mit der Aussage, Deutschland könne aus dem Standort Büchel zunächst 50 Flugkörper bereitstellen mit der Option auf weitere 50, doch dann sei «Ende Gelände».

Dieses «Taurus-Leak» wirft somit nicht nur ein Schlaglicht auf die militärische und politische Komplexität der Waffenlieferungen an die Ukraine, sondern auch auf die Herausforderungen, die mit der Geheimhaltung und Sicherheit sensibler Informationen verbunden sind. Die Diskussionen um den Skandal und seine Folgen für die deutsche Aussen- und Sicherheitspolitik sind noch lange nicht abgeschlossen. Scholz' Zögern spiegelt indes dessen Sorge wider, dass die Raketen russisches Festland erreichen könnten, was der Kanzler unbedingt vermeiden möchte. Dabei geht es vor allem um die ausserordentlichen Fähigkeiten der Luft-Boden-Waffenplattform.

Denn die Programmierung und Steuerung des Marschflugkörpers Taurus KEPD 350 erfolgt durch ein spezielles Missionsplanungssystem, bedient von geschultem Luftwaffenpersonal oder Herstellermitarbeitern. Der Prozess umfasst Zielauswahl basierend auf nachrichtendienstlichen Informationen und taktischen Anforderungen,

Erstellung einer optimierten Flugbahn unter Berücksichtigung von Gelände und Wetter sowie Datenübertragung auf den Flugkörper. Nach dem Start navigiert Taurus autonom, mit präziser Zielansteuerung durch integrierte Sensorik. Die Einsatzkontrolle liegt bei der Bundeswehr, während Taurus Systems GmbH für Entwicklung und Wartung zuständig ist.

Die Details zu Fähigkeiten und Verfahren sind grösstenteils geheim. Dies ist relevant, weil Deutschland im Gegensatz zu Grossbritannien die Zielsteuerung der Taurus-Marschflugkörper nicht kontrollieren kann, was bedeutet, dass die Waffen ohne aktive Beteiligung des deutschen Militärs für Angriffe auf Russland geeignet sein könnten. Immerhin liegt die Reichweite bei mehr als 500 km, was beispielsweise auch Moskau als valables Ziel erscheinen lässt. *pk*

CHINA

Neue Taiwan-Strategie

In den letzten Monaten hat sich die politische Landschaft zwischen China und Taiwan dramatisch verändert, was zu einer deutlichen Abkehr von Pekings langjähriger Politik der «friedlichen Wiedervereinigung» mit Taiwan geführt hat. Diese Entwicklung wurde besonders deutlich, als chinesische Staatsmedien berichteten, dass China nun offiziell von diesem Ansatz Abstand nimmt. Diese Meldung markiert demnach einen signifikanten Wandel in der offiziellen Haltung Pekings und legt den Grundstein für eine Reihe von Ereignissen, die seither die Spannungen zwischen China und Taiwan weiter verschärft haben. Denn kurz nach dieser Ankündigung machte China seine Absicht deutlich, seine militärische Präsenz in der Region zu verstärken, indem es eine Erhöhung seiner Militärausgaben um 7,2 Prozent bekannt gab. Während des Nationalen Volkskongresses Anfang März wurden dann die Spannungen weiter angeheizt, als direkte Drohungen gegen Taiwan ausgesprochen wurden. Verteidigungsminister Dong Jun verkündete die Absicht zur Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland und erklärte, dass «diese Wiedervereinigung des Mutterlandes eine unausweichliche Anforderung für die Verwirklichung des chinesischen Traums ist». Juns Aussage unter-

streicht die Ernsthaftigkeit, mit der China seine Ansprüche auf Taiwan verfolgt, und zeigt eine klare Bereitschaft, diese notfalls auch militärisch durchzusetzen. Darüber hinaus warnte China andere Staaten eindringlich davor, sich in den Streit mit Taiwan einzumischen. Peking betonte, dass es bereit sei, dafür eine «bittere Pille» zu schlucken. Diese Warnung verdeutlicht die Entschlossenheit, seine Interessen gegenüber internationalen Einflüssen zu verteidigen, und unterstreicht die Risiken, die mit einer Einmischung in diesen Konflikt verbunden sind. Die militärische Demonstration Chinas wurde danach durch die Veröffentlichung von Fotos der neusten Version chinesischer Atom-bomber des Typs Xian H-6 und Berichte über verstärkte «Grauzonen-Kriegsführung» gegen Taiwan weiter verstärkt. Diese Aktionen dienen als klare Machtdemonstrationen und zielen darauf ab, Taiwan zu erschöpfen und international zu isolieren. Die internationale Gemeinschaft beobachtet diese Entwicklungen mit grosser Sorge, denn die Risiken einer militärischen Eskalation in der Region steigen stetig. Vor allem unter dem Aspekt, dass beim Jahreswechsel noch davon ausgegangen wurde, dass China mittelfristig keine bösartige Absicht gegenüber Taiwan hege. Die jüngsten Wahlen in Taiwan im Januar und die nun darauffolgende Verschärfung des Drucks durch China zeigen, dass die Zukunft des Inselstaates offenbar an einem kritischen Punkt steht. *pk*



«Rendre possible la victoire»: das Motto des Gefechtsausbildungszentrums Centac. Bild: Ministère des Armées

FRANKREICH

Rückkehr zum Krieg vor der Haustüre

Die französischen Streitkräfte befinden sich im ersten Quartal 2024 in einer Phase der Anpassung und Vorbereitung auf mögliche zukünftige Konflikte. Angesichts der sich verändernden geopolitischen Lage und der zunehmenden Spannungen auf dem Kontinent haben die französischen Soldaten begonnen, sich intensiv auf realistische Kriegsszenarien vorzubereiten. Afrika war gestern, heute geht es um das eigene Land und ein zunehmend instabileres Europa. Frankreich muss in der Lage sein, schnell und effektiv auf potenzielle Bedrohungen zu reagieren. Dazu gehört auch die Fähigkeit, in einem komplexen und unvorhersehbaren Umfeld zu operieren. So aktuelle Strategiepapiere der Grande Nation. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben die französischen Streitkräfte ihre Ausbildungsprogramme intensiviert und an die neuen Gegebenheiten angepasst. Soldaten trainieren unter realistischen Bedingungen, die den tatsächlichen Verhältnissen im Kriegsfall so nahe wie möglich kommen. «Wir müssen unsere Truppen darauf vorbereiten, was der Krieg wirklich bedeutet», sagt Colonel Axel Denis, der das Gefechtsausbildungszentrum Cen-

tac in Mailly-le-Camp im Osten Frankreichs kommandiert. Das 120 Quadratkilometer grosse Lager der französischen Armee bietet verschiedenen Einheiten wie Infanterie, Panzertruppen, Artillerie und Pionieren eine einzigartige Möglichkeit, gemeinsam zu üben. Die Militärbasis ist der einzige Ort, an dem zwei Dutzend Leclerc-Panzer das ganze Jahr über im Einsatz sind. Nach jahrelangen Militäreinsätzen in Afrika konzentriert sich Frankreich nun verstärkt auf die Ostflanke Europas. Bis 2027 will Heereschef General Pierre Schill mit seiner Armée de Terre eine Division mit rund 25 000 Soldaten innerhalb von 30 Tagen verlegen. Zwar sei Frankreich nicht mit der gleichen Situation wie die Ukraine konfrontiert, bleibt aber seinen Koalitionspartnern verpflichtet, tönt es aus dem Heer. Daher sei die Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit in der kollektiven Verteidigung, insbesondere innerhalb der NATO, von entscheidender Bedeutung. Nach Ansicht der Centac-Offiziere hat der Konflikt in der Ukraine deutlich gemacht, wie wichtig es ist, direkte Angriffe zu vermeiden, die zu hohen Verlusten führen und den Feind nicht zurückdrängen. Stattdessen wird empfohlen, dass Infanterie, Panzer, Geniemittel und Artillerie nahtlos zusammenarbeiten und neue Technologien wie Drohnen integrieren, die Echtzeitinformationen und letale Wirkung auf dem Schlachtfeld liefern. *pk*



Der chinesische Atombomber Xian H-6. Bild: Weibo

ÖSTERREICH

Landesverteidigungsbericht als Weckruf

Der Landesverteidigungsbericht 2023 des österreichischen Bundesheeres, Anfang März dem Parlament vorgelegt, zeichnet ein detailliertes Bild der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für die Landesverteidigung. Der Bericht, der eine umfassende Analyse der Strategie, Ausrüstung, des Personals und der internationalen Zusammenarbeit beinhaltet, gilt als Weckruf für die Notwendigkeit einer umfassenden Modernisierung der Streitkräfte. Strategisch positioniert sich das Bundesheer in einer Zeit globaler Unsicherheiten und regionaler Konflikte als ein Schlüsselsakteur für die Stabilität im Herzen Europas. Der Bericht betont die Notwendigkeit einer

«adaptiven» Verteidigungsstrategie, die auf hybride Bedrohungen, Cyberangriffe und die Sicherung der kritischen Infrastruktur ausgerichtet ist. Die Doktrin der «umfassenden Landesverteidigung» wird weiterentwickelt, um auf asymmetrische Kriegsführung und die zunehmende Bedeutung des Informationsraums zu reagieren. Hinsichtlich Ausrüstung offenbart der Bericht eine Mischung aus Fortschritt und Bedarf. Während die Einführung neuer Aufklärungsdrohnen und die Modernisierung der Panzerflotte als positive Entwicklungen hervorgehoben werden, wird der dringende Bedarf an einer Erneuerung der Luftflotte, insbesondere der 2020 ausser Dienst gestellten Saab 105 zur Pilotenausbildung, deutlich. Die Beschaffung moderner Mehrzweckkampfflugzeuge wird als kritisch für die Aufrechterhaltung der Lufthoheit angesehen. Das Personal des Bundesheeres

steht vor dem Spagat zwischen Professionalisierung und dem Erhalt der Wehrpflicht. Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit, die Attraktivität des Dienstes zu steigern, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten. Investitionen in Ausbildung und Lebensbedingungen der Soldaten werden als essenziell für die Zukunftsfähigkeit des Heeres angesehen. Die internationale Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Europäischen Union und der Partnerschaft mit der NATO, wird als unverzichtbar für die Sicherheit Österreichs hervorgehoben. Der Bericht lobt die Teilnahme an internationalen Übungen und die Beteiligung an EU-Missionen, sieht jedoch auch die Notwendigkeit, die Kooperationen weiter zu vertiefen, um von Synergien zu profitieren und die eigene Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Der Landesverteidigungsbericht 2023 stellt damit eine klare Roadmap für

die Weiterentwicklung des österreichischen Bundesheeres dar. Er fordert entschlossenes Handeln, um die Streitkräfte an die dynamischen Sicherheitsanforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen und Österreichs Rolle als verlässlicher Partner in der internationalen Sicherheitsarchitektur zu festigen. *pk*



Der jüngste Landesverteidigungsbericht: nicht nur Schall und Rauch.
Bild: Österreichisches Bundesheer

MOSAMBIK

Konflikt ohne Ende

Mosambik befindet sich in den ersten Monaten des Jahres 2024 weiterhin in einer äusserst schwierigen Lage. Das südostafrikanische Land kämpft gegen die Folgen von Konflikten, Naturkatastrophen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Politisch gesehen ist die



Knapp 90 000 Menschen wurden alleine in diesem Jahr aus dem Norden Mosambiks vertrieben.
Bild: Voz del Cabo Delgado

Situation im Land angespannt. Die Regierungspartei Frelimo (Frente de Libertação de Moçambique) steht unter Druck, da die Opposition und Teile der Bevölkerung unzufrieden mit der Führung sind. Korruptionsvorwürfe und Misswirtschaft haben das Vertrauen in die Regierung erschüttert. Im Februar kam es zu Massenprotesten in der Hauptstadt Maputo. Die Sicherheitskräfte gingen hart gegen die Demonstranten vor. Auf militärischer Ebene sieht sich Mosambik mit mehreren Herausforderungen konfrontiert. Im Norden des Landes kommt es seit 2017 immer wieder zu Angriffen durch islamistische Rebellen. Die Gruppe, die sich selbst als «al-Shabaab» bezeichnet (nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Terrorgruppe in Somalia), hat Verbindungen zum sogenannten Islamischen Staat (IS). Die Auf-

ständischen verüben Anschläge auf Zivilisten und Sicherheitskräfte und haben bereits Tausende Menschen in die Flucht getrieben. Trotz militärischer Unterstützung durch Ruanda und die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft ist es den mosambikanischen Streitkräften bisher nicht gelungen, die Rebellen vollständig zu besiegen. Aufständische haben Anfang März nach fünf Jahren mit immer wieder aufflammenden Kämpfen Mocímboa da Praia eingenommen. Die Stadt liegt in der Nähe von Erdgasprojekten im Wert von 60 Milliarden US-Dollar. Dies stellt eine Bedrohung für internationale Pläne zur Entwicklung von Offshore-Gasfeldern dar. Schätzungen zufolge wurden seit Beginn des Konflikts in Cabo Delgado mehr als 3000 Menschen getötet und über 800 000 vertrieben. Hilfsorganisationen warnen vor

einer humanitären Katastrophe, sollte sich die Situation nicht bald verbessern. Neben dem Konflikt im Norden kämpft Mosambik auch mit den Folgen von Naturkatastrophen. Im Januar wurde das Land von Zyklon Faraji getroffen, der schwere Überschwemmungen und Erdbeben verursachte. Mehr als 150 000 Menschen waren von den Auswirkungen betroffen, viele verloren ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage. Das Land gehört zu den ärmsten der Welt und ist stark von ausländischen Investitionen und Hilfgeldern abhängig. Die Internationale Organisation für Migration leistete in den letzten Wochen entscheidende Hilfe für über 22 000 kürzlich Vertriebene. Ein erhebliches Finanzierungsdefizit bedroht die Fortsetzung der Hilfe; nur 15 Prozent der benötigten 43 Millionen Dollar sind gesichert. *pk*